

Ruth Ammann

## Zeiten des Umbruchs

Die ersten Schweizerischen Geschichtstage in Bern, 15. bis 17. März 2007

Mit über 630 Teilnehmerinnen und Teilnehmern seien die ersten Schweizerischen Geschichtstage in Bern ein gelungenes Experiment, meinte Regina Wecker, Präsidentin der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte (SGG) und Organisatorin der Tagung. Sie habe gute Rückmeldungen erhalten und sei persönlich sehr zufrieden mit dem Verlauf der dreitägigen Veranstaltung.

Unter dem Titel *Zeiten des Umbruchs* stellten die SGG und das Historische Institut der Universität Bern Historikerinnen und Historikern eine neue Plattform des Austausches zur Verfügung. Erstmals fand für die Geschichtswissenschaft der Schweiz eine Grossveranstaltung statt, bei der kein spezifischer Zeitraum und kein wissenschaftlicher Ansatz die Selektion der Beiträge bestimmte. An den Schweizerischen Geschichtstagen wurden aktuelle Forschungen zur Antike, zum Mittelalter, der Frühen Neuzeit und zur Zeitgeschichte in 43 Panels und circa 180 Referaten vorgestellt und diskutiert – ein Anlass, der sich am ehesten mit Veranstaltungen wie dem *Historikertag* in Deutschland oder den *Annuals* der *American History Association* vergleichen liesse.

Obwohl der Schwerpunkt der Tagung auf der Geschichtswissenschaft in der Schweiz lag, trugen drei Festvorträge zweier renommierter Forscherinnen und eines Forschers ebenso zur internationalen Reichweite bei, wie die Referentinnen und Referenten der einzelnen Panels: Ein Drittel von diesen forscht oder lehrt an Universitäten ausserhalb der Schweiz. Damit wurden die Organisatorinnen und Organisatoren dem Anspruch gerecht, sowohl ein Forum für Forschungen an Schweizer Universitäten zu bieten als auch den Austausch mit und das Interesse von international tätigen Historikern und Historikerinnen zu fördern. Die Vorträge wurden auf Deutsch, Französisch und Englisch gehalten.

Der Zeitpunkt für die Veranstaltung ist wohl nicht zufällig gewählt. Im Zuge der Umstrukturierung der Hochschullandschaft durch die Bologna-Reform und die Umstellung der Studiengänge auf Bachelor- und Masterprogramme ist es der

SGG als Vertreterin aller Historiker und Historikerinnen in der Schweiz ein Bedürfnis, in Zusammenarbeit mit den historischen Instituten sich verstärkt national und international zu positionieren. Bereits 2003 hatte die SGG zu einer gesamtschweizerischen Tagung zum Thema *Erinnern und Vergessen* an der Universität Freiburg eingeladen, bei der die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg und die Arbeit der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg im internationalen Kontext diskutiert wurden. Mit den kommenden Geschichtstagen soll die nationale und internationale Vernetzung der schweizerischen Geschichtswissenschaft weitergeführt werden.

Der grosse Andrang bei den ersten Geschichtstagen in Bern ist nicht nur der Premiere, sondern auch dem Tagungsthema geschuldet. *Zeiten des Umbruchs* spricht aktuelle gesellschaftliche Veränderungen ebenso an wie Umbrüche in der Vergangenheit. Die Geschichtswissenschaft scheint prädestiniert, aktuellen Wandel wenn nicht zu erklären, so doch in einer langfristigen Perspektive einzuordnen, was ein breites Publikum interessiert. Die Durchmischung des Publikums war entsprechend gelungen: Neben Historikerinnen und Historikern besuchten auch Studierende, Geschichtslehrerinnen und -lehrer und weitere Interessierte die Festvorträge, Panels und Rahmenveranstaltungen. In den Panels stellten nicht nur Professorinnen und Dozenten ihre Forschungen vor, sondern auch Doktorierende und vereinzelt Lizentiatinnen und Lizentiaten. Statt eigene Panels für Studierende und Doktorierende einzurichten, wurde so ein Austausch zwischen verschiedenen akademischen Hierarchieebenen möglich. Die Stimmung in den Panels zeichnete sich im Allgemeinen durch konstruktive Kritik und zeitweise anregende Diskussionen aus – obwohl gerade die Diskussion in einzelnen Panels aufgrund zu vieler oder zu langer Input-Referate leider zu kurz kam.

Der Eröffnungsvortrag von Wolfgang Reinhard, Emeritus für Neuere Geschichte der Universität Freiburg im Breisgau und Fellow am Max-Weber-Kolleg, verwies auf die Aktualität des Umbruchs sowohl für die Wahrnehmung gegenwärtiger gesellschaftlicher Prozesse als auch als Gegenstand der Geschichte. Unter dem Titel *Aufstieg und Niedergang des modernen Staates* vertrat Reinhard die These, die modernen Staaten Europas seien seit 1975 im Niedergang begriffen. In seiner *Tour d'Horizon* der modernen Staatsgeschichte, deren Ursprung Reinhard in den europäischen Monarchien der frühen Neuzeit verortete, zeichnete er den Aufstieg des modernen Staates als eine Geschichte der Vereinheitlichung. Vor der Staatsgewalt wurden alle Bürger und Bürgerinnen zunehmend »gleich«: Die Verwaltung zentralisiert, die Justiz verstaatlicht, und schliesslich wird ein klar begrenztes Territorium umrissen. Mit der Gleichstellung aller Männer als »Staatsbürger« im Zuge der Französischen Revolution wurde der Staatsbegriff auf »das Volk« ausgeweitet. Die Volkssouveränität, welche das Volk als den letzten Entscheidungsträger ausweist, ist nach Reinhard

fiktiv und diene lediglich der selbstreferenziellen Legitimation des modernen Staates.

Den Niedergang dieses Staates nach 1975 verortet Reinhard in einem Prozess, der in der modernen Staatlichkeit selbst angelegt sei. Da dieser nur durch sich selbst bestätigt und legitimiert werde, sei er anfällig für delegitimierende Kritik. Durch die Rolle des Staates im Zweiten Weltkrieg, während der Dekolonialisierung und durch Skandale um Machtinhaber wurde die Identifikation der Bürger und Bürgerinnen mit dem Staat brüchig. Der Handlungsspielraum des Staates verkleinere sich seit dreissig Jahren in dem Maße, wie seine Legitimität in Frage gestellt werde. Mit fortschreitendem Niedergang werde der Staat nur noch ein Referenzsystem unter anderen sein und mit diesen konkurrieren, ohne freilich restlos zu verschwinden.

In den Ausführungen Reinhardts wurde deutlich, dass die Französische Revolution als historischer Bruch den Prozess der modernen Staatsbildung bestätigte, aber keineswegs begründete. Dennoch entstand in der Französischen Revolution auch Neues, das Reinhard unbeachtet liess: Der Zugriff des Staates auf den einzelnen Bürger wurde zwar einheitlicher, doch wurden Frauen erstmals gesetzlich und systematisch von diesem Zugriff und dem damit einhergehenden Status als Staatsbürger ausgeschlossen. Obwohl Reinhard diesen Umstand erwähnte, vermochte seine These von der steten und um 1800 beschleunigten Vereinheitlichung des Staates nicht zu erklären, wie die frappante Uneinheitlichkeit des Volkes in Bezug auf die Geschlechter zu diesem Zeitpunkt entstand. Auch wäre es interessant gewesen, Reinhardts Feststellung, die Schweiz sei kein moderner Staat im engeren Sinne, auch in Bezug auf die Krisenerscheinungen der modernen Staatlichkeit nach 1975 zu reflektieren: Ist die Schweiz von diesem Niedergang minder betroffen?

Reinhardts Eröffnungsreferat verwies nicht zuletzt implizit auf die Frage nach der Rolle der Geschichtsschreibung, sei es als legitimierende Disziplin moderner Staatlichkeit, sei es als kritische Wissenschaft für aktuelle Diagnosen in Zeiten konkurrierender Wertesysteme. Das Panel *Die ewige Eidgenossenschaft. (Wie) Ist im 21. Jahrhundert Nationalgeschichte noch schreibbar?* schloss damit an Reinhardts Ausführungen an. Thomas Maissen, Professor für Neuere Geschichte an der Universität Heidelberg und Leiter des Panels, verwies in seinem Eröffnungsreferat auf den direkten Zusammenhang zwischen der Geschichtswissenschaft und der Legitimation des Staates. Die Idee der Schweiz als einer Willensnation sei massgeblich aus einer vermeintlich gemeinsamen und langen Geschichte hergeleitet worden. Stellte die Nationalgeschichte lange die Geschichtsschreibung par excellence dar, so wurde sie im Zuge poststrukturalistischer Kritik als *Master Narrative* mit ideologischer Schlagseite entlarvt. Demgegenüber wurde eine Partikulargeschichte eingefordert. In der Schweiz, so Maissen, erfreuten sich gerade Kantonsgeschichten eines grossen Interesses. Die Regionalität der Untersuchungen bewahre vor der Gefahr, die Nation

legitimieren zu müssen, und garantiere darüber hinaus eine grössere Anerkennung durch die *Scientific Community*. Der Trend weg von der National- hin zu Regionalgeschichte sei unverkennbar.

Gleichzeitig sei jedoch in Zeiten vermeintlicher Umbrüche ein starkes Bedürfnis nach Nationalgeschichte auszumachen. Neokonservative Kreise bedienten dieses Bedürfnis mit der monopolartigen Belegung gewisser Themen. Ihnen obliege derzeit die Deutung der Geschichte der Migration, der Neutralität oder der europäischen Integration der Schweiz. Dieser Trend stelle für die kritische Geschichtswissenschaften eine Gefahr dar, der es offensiver zu begegnen gelte als mit dem blossen Rückzug von der Nationalgeschichte. Vielmehr müsse die Nation als ständiger und wechselhafter Aushandlungsprozess zwischen verschiedenen Akteuren und Akteurinnen verstanden werden und dadurch eine Umdeutung von Nationalgeschichte durch die Geschichtswissenschaft – und nicht durch die Politik – stattfinden.

Die anschliessenden Redner und eine Rednerin bezogen aus unterschiedlichen Positionen Stellung zu der von Maissen skizzierten Problemstellung. Irène Hermann von der Universität Fribourg unterstrich, wie wichtig es in der aktuellen Situation sei, auch breite Bevölkerungsschichten anzusprechen, nicht nur Fachleute – eine Forderung, die kontrovers diskutiert wurde. Während einige Voten eine Popularisierung historischer Erkenntnisse dringend forderten, verwehrten sich die meisten gegen das Erzählen »einfacher Geschichten«. Auffällig bei dieser Diskussion war, dass der genealogische Geschichtsbegriff, wie ihn politische Demagogen immer wieder verwendeten und der die »ewige Eidgenossenschaft« aus der Geschichte herleitet, mit der Populärliteratur verknüpft wurde und sich viele Diskutierende schwer taten, sich eine kritische, aber leicht lesbare Geschichtsschreibung vorzustellen. Immer wieder wurde darauf verwiesen, dass kritische Geschichte das Lesevergnügen kaputt mache (Christoph Conrad). Nicht zuletzt stosse hier auch eine spezifische Wissenschaftskultur an ihre Grenzen, da sie sich als »Histoire-problème« ihrer eigenen Konstruiertheit bewusst und deshalb nicht so narrativ sei. Es sei dies schliesslich, so Conrad, eine Frage der persönlichen Wahl. Gleichzeitig hängt sie jedoch, um an Maissen anzuschliessen, vor allem mit der Anerkennung durch die wissenschaftliche Gemeinde zusammen. Populäre historische Literatur scheint *a priori* diesem kritischen Wissenschaftsverständnis nicht stand zu halten – eine These, die überprüft werden müsste.

Einig war man sich im Panel, dass Geschichtswissenschaft nicht den Ist-Zustand legitimieren und keine lineare Narration mit überzeitlichem Ursprung zu kreieren habe, sondern Instrument einer Zeitdiagnose sein müsse. Mario König von der Universität Basel brachte dies in seinem Plädoyer für eine vergleichende Geschichte des Bürgertums auf den Punkt: Eine Nationalgeschichte ohne die Diagnose der Gegenwart sei der Mühe nicht wert. Gerade in der Geschichte des Bürgertums kristal-

lisierten sich nach König zentrale Fragen der aktuellen Gesellschaft heraus, denn das bestimmende Thema des Aufstiegs des Bürgertums seit der frühen Neuzeit sei die gesellschaftliche Integration und Abgrenzung: Wer gehört zur Gesellschaft, wer nicht? Diese Frage ist auch heute Grundlage jeder Staatlichkeit und zentraler politischer Streitpunkt. Oliver Zimmer von der Universität Oxford, der kurzfristig für Georg Kreis eingesprungen war, argumentierte verstärkt für eine Methodenvielfalt, die seiner Vorstellung einer »Sozialgeschichte des Nationalismus« am ehesten entspreche. Er vertrat die Auffassung, dass *Case Studies* am besten geeignet seien, um den Prozess der Nationalisierung nicht von oben herab, sondern in seiner kommunalen Praxis – bei Zimmer drei europäische Städte zwischen 1860 und 1900 im Vergleich – nachzuzeichnen.

Christoph Conrad von der Universität Genf spitze in seinem Referat schliesslich die Frage nach der Nationalgeschichte und ihrer (Un-)Möglichkeit auf die Formel zu, dass die Geschichtsschreibung oftmals die absolute Hegemonie des angenommenen »Containers Nation« explizit oder implizit übernehme. Nationalgeschichte werde also dauernd geschrieben, auch wenn sie nicht unter diesem Label erscheine. Conrad insistierte darauf, dass die Idee des Sonderwegs, welche jede Nation kenne, nicht nur Nachteile mit sich bringe, sondern als Ausgangslage für eine vergleichende Geschichte genutzt werden sollte. Gleichzeitig biete die Heterogenität einer Region die Möglichkeit vergleichender historischer Fragestellungen. Gerade in der Schweiz konstatierte Conrad eine »Labor-Situation«, welche sich anbiete, regionale Untersuchungen mit »grossen« historischen Fragen zu verknüpfen. Hier schloss er an Zimmer an und forderte nicht nur von den Historikerinnen und Historikern den Mut, lokale Studien mit grossen Fragen zu verknüpfen, sondern auch von den Förderinstitutionen die Heranbildung eines wissenschaftlichen Nachwuchses, welcher solche Forschung zu leisten vermag.

Was Geschichte für die Gegenwart zu leisten habe, war zentrales Thema der öffentlichen Podiumsdiskussion *Wieviel Geschichte braucht die moderne Wissensgesellschaft?*. Es diskutierten Madeleine Herren, Professorin für Neuere Geschichte an der Universität Heidelberg, Roger Sablonier, Emeritus für die Geschichte des Mittelalters an der Universität Luzern, und Rudolf Stichweh, Professor für Soziologie an der Universität Luzern, unter der Moderation von Susanna Burghartz, Professorin für Geschichte des Spätmittelalters und der Renaissance an der Universität Basel. Charles Kleiber, Staatssekretär für Bildung und Forschung und Unterzeichner der Bologna-Reform für die Schweiz 1999, liess sich entschuldigen. Zwei unterschiedliche Geschichtsauffassungen kamen in den beiden Input-Referaten von Hermann Lübke, Professor für Philosophie und Politische Theorie an der Universität Zürich, und Valentin Groebner, Professor für die Geschichte des Mittelalters und der Renaissance an der Universität Luzern, zum Ausdruck. Während Lübke wortgewaltig die

moderne Wissensgesellschaft als so vergangenheitsbezogen wie noch nie apostrophierte und die Musealisierung und Denkmalbewegung als Beleg seiner These verstand, stellte dem Groebner die Aussage gegenüber: »In der Wissensgesellschaft sind Historiker Spezialisten für schlechte Laune.« Denn die Aufgabe von Historikerinnen und Historikern bestünde letztlich im Aufzeigen von Fehlern und Brüchen in der Vergangenheit. Sie verknüpften Geschichte damit zwar mit der Gegenwart, jedoch nicht als deren Bestätigung, sondern als kritische Analyse. Lübke vertrat dem gegenüber einen genealogischen Geschichtsbegriff. Er machte durchaus Konstanten in der Geschichte aus und stellte ihnen die noch nie da gewesene Dynamisierung unserer Zeit gegenüber. In seinem Verständnis schien das Bedürfnis nach der Sicherung der Geschichte Ausdruck der aktuellen Unsicherheit zu sein – die Geschichte sollte die Menschen vor der Wissensgesellschaft retten.

Dem widersprach Madeleine Herren vehement. Sie stellte nicht nur die Beschleunigung als historisches Novum des beginnenden 21. Jahrhunderts in Frage und belegte dies mit einem Beispiel aus der frühen Neuzeit, sondern kritisierte Lübkes Geschichtsverständnis. Genealogien und Ursprungserzählungen verkaufen sich gerade in Zeiten des vermeintlichen Wandels gut, so Herren, seien sie doch durchwegs konservativ, entweder im Sinne einer Legitimation der Gegenwart oder einer Rückbesinnung auf die so genannte gute alte Zeit. Auch für Regina Wecker, Professorin für Geschlechtergeschichte an der Universität Basel, war hier die Groebnersche »schlechte Laune« im Sinne einer skeptischen Haltung durchaus angebracht.

Ähnlich wie in der Diskussion um eine (un-)mögliche Nationalgeschichtsschreibung waren sich die Historikerinnen und Historiker (nicht aber der Philosoph) am runden Tisch und im Publikum einig, dass Geschichte die Auseinandersetzung fördern und fordern müsse, vermeintlich Normales in der Gegenwart durch Fragen an die Vergangenheit kritisch beleuchten und die aktuelle Zeit als eine historisch zu hinterfragende wahrnehmen solle. Das Problem der Vermittlung dieser Geschichtsauffassung und deren Verteidigung in der wissenschaftspolitischen Landschaft manifestierte sich jedoch gerade an diesem runden Tisch: Viele Aussagen der Podiumsteilnehmer blieben vage und assoziativ oder waren nur für Kundige des universitären Universums verständlich. Die klare Positionierung von Herren war eine wohlthuende Ausnahme, und durch Rückfragen aus dem Publikum wurden einzelne Haltungen im Nachhinein klarer.

In ihrem Festvortrag *Événement, périodisation, mutation. Une étude de cas: l'accès des Françaises à la citoyenneté politique* thematisierte Françoise Thébaud, Professorin für zeitgenössische Geschichte an der Universität Avignon, den Bruch des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung Frankreichs 1944–1946 aus der Perspektive der Frauengeschichte. Sie stellte eingangs die provokative Frage, ob die französischen Frauen Ende des Zweiten Weltkrieges überhaupt eine Befreiung erlebt hätten,

und stellte damit die Periodisierung der nationalen Geschichtsschreibung in Frage, die 1944 als Wendepunkt betrachtet. Anhand der Geschichte des Frauenstimmrechts in Frankreich zeigte sie auf, dass mit der Öffnung des Stimm- und Wahlrechtes für Frauen 1944 keine Gleichberechtigung der Französinen mit den männlichen Stimmbürgern einherging. Der Generalverdacht gegen jede Frau, »collaboratrice horizontale«, Geliebte deutscher Soldaten gewesen zu sein, und deren (willkürliche) Bestrafung nach der Befreiung sowie die pronatalistische Politik der Vierten Republik bescherten den Frauen mehr Kontinuitäten in ihrer rechtlichen Situation mit der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, als dass ein Bruch oder gar eine emanzipatorische Entwicklung für sie auszumachen wäre. Vielmehr erfolgte die historische Festschreibung dieses Bruches nach 1944 in Form von Erinnerung und Bedeutungszuweisung für die Geschichte der neuen Republik nach 1946.

Parallel zur Ereignisgeschichte weitete Thébaud den Blick auf die Erinnerungsgeschichte des Kampfes der Frauen um politische Rechte aus. Sie zeichnete das Wahlverhalten der Französinen von 1944 bis heute nach und kam zum Schluss, dass das Erbe der Suffragetten vor dem Zweiten Weltkrieg erst 2000 mit der Einführung einer Quotenregelung für die französischen Parteien bei kommunalen und europäischen Wahlen wieder erinnert wurde. Während die Neue Frauenbewegung nach 1968 wenig Interesse für die politische Gleichberechtigung gezeigt hatte, wurde 1944 mit der Einführung der pronatalistischen Politik und die Wahrnehmung von Frauen als Mütter für die Nation die Erinnerung an die Kämpfe der Suffragetten in den 1920er Jahren verdrängt. In diesem Sinne stellt die Zeit von 1944 bis 1946 für Thébaud durchaus auch einen Bruch dar, jedoch nicht in Bezug auf die politische Stellung der Französinen, sondern in Bezug auf die Erinnerung an die feministischen Kämpfe um das Frauenstimmrecht vor dem Krieg.

Thébaud zeigte auf, dass ein Ereignis immer nur in der Wahrnehmung Dritter zu einem solchen wird und dass Brüche als Marksteine der Geschichte und Referenzpunkte für deren Periodisierung immer in ihrer zeitlichen Entstehung gelesen werden müssen. Stellt 1944 eine solche Zäsur in der offiziellen französischen Geschichtsschreibung dar, liegt ihre Bedeutung nicht (nur) in ihrer historischen Faktizität, sondern auch in ihrer Funktion für die nachfolgende Zeit, die sich durch den Bruch abgrenzt und als neu versteht. Dabei ist es Aufgabe der Geschichtswissenschaft, Periodisierungen immer wieder und aus unterschiedlichen Perspektiven zu überprüfen und den Prozess des Erinnerns als historischen Prozess mit zu reflektieren.

Um Periodisierungen und die Bedeutung der retrospektiven Wahrnehmung eines Ereignisses ging es auch im Panel *Die 68er Bewegung: Ein »langes Jahrzehnt« in der Schweiz?* unter der Leitung von Erika Hebeisen von der Universität Basel. Gerade die Chiffre »1968« wird ein Jahr vor dem 40. Jubiläum der Protestereignisse

in Europa und Nordamerika als positives oder negatives Erbe von verschiedener Seite beschlagnahmt. Ein einheitliches »1968« hat es jedoch nie gegeben:

Diese Einheit dürfte an der damals einigenden Kraft der Themen und der Medien gelegen haben sowie an der seitdem wirkenden Mythisierung. Das heisst aber, dass die 68er-Bewegung als Einheit damals wie heute ein Produkt von Rezeptionen ist.

So wurde Thomas Etzemüller von der Universität Oldenburg in der Berner Zeitungsbeilage *Der kleine Bund* vom 10. März 2007 zitiert. Etzemüller insistierte in seinem Referat »1968« als *transnationales Phänomen: Zur Wahrnehmung der »randständigen« Bewegung in Schweden* darauf, dass »1968« Folge und Katalysator eines langfristigen Strukturwandels seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges sei und kein Umbruch im engeren Sinne. Nicht nur in Schweden habe sich im Verlauf der 1950er und vor allem der 1960er Jahre des 20. Jahrhunderts die Gesellschaft zu einer Konsumgesellschaft entwickelt. Dies erlaubte es Jugendlichen erstmals, eine eigene (Gegen-)Kultur auszubilden. Bereits die so genannten Halbstarke in den 1950er Jahren zelebrierten diese Jugendkultur. Auch wenn sie als unpolitisch gelten, spielten sie als Projektionsfläche für die Ängste der Bevölkerung in Bezug auf die strukturellen Veränderungen eine wichtige Rolle. »1968« sei daher nicht als Bruch zu den »reaktionären« 1950er Jahren und als singuläres Ereignis zu verstehen. Vielmehr sei die Zeit zwischen 1950 und 1970 als eine historische Einheit zu fassen, in der die Protestbewegungen um 1968 nur einen Teil eines transnationalen Wandels westlicher Gesellschaften darstelle. Etzemüller strich in seinem Vortrag ausserdem zwei Aspekte der 68er-Bewegung hervor: die Bedeutung der medialen Vermittlung der Bewegungen und damit der Konstruktion eines transnationalen 68er-Phänomens und die neue Sprache der Kritik, welche von den Bewegten entwickelt wurde und als Mittel der Politik bis heute erhalten geblieben sei.

Hier setzte auch Monica Kalt von der Universität Basel mit ihrem Beitrag *Schweizer 68erInnen im Theorievakuum?* ein. Die Opposition gegen die herrschenden Verhältnisse bedeutete für die Protestbewegungen um 1968 vor allem einen Bruch mit der herrschenden Sprache: Begriffe wurden (neu) besetzt, gewisse Arten des Redens nach 1968 verunmöglicht. Gerade der Entwicklungsdiskurs sei in den 1960er Jahren sehr despektierlich gewesen, was sich in den 1970er Jahren deutlich änderte. Kalt strich ebenfalls die Bedeutung der 1950er und 1960er Jahre für die Formierung einer 68er-Generation heraus. In der Schweiz hatten die Nonkonformisten, die von 1955 bis 1965 die Schweiz der Nachkriegszeit kritisierten, eine zentrale Rolle für die Analyse und die Reflexion der Aktivistinnen und Aktivisten von 1968 gespielt. Sie diagnostizierten bereits zehn Jahre vor 1968 eine Krise der politischen Opposi-

tion in der Schweiz, da es keine wirklichen Wahlalternativen, sondern Werbewahlen gegeben hätte und die politischen Strukturen völlig erstarrt wären. Auch kritisierten sie die Medien, die jede abweichende Meinung einem pauschalen Kommunismus-Vorwurf aussetzten. Hier knüpften die Akteure der neuen Protestbewegung an, auch wenn sie die Position der Nonkonformisten nicht kritiklos übernahmen. Kalt schloss mit der Feststellung, dass »1968« vor allem sprachlich erfolgreich gewesen sei, wobei sie damit die Entwicklung einer politischen Semantik meinte, der »Diskursguerilla«, wie sie es nannte.

Auch Nicole Peter, Lizentiatin der Universität Zürich, strich die Bedeutung der alternativen und subversiven Verwendung von Zeichen und Begriffen in der Protestbewegung in Zürich hervor. Gerade in der Formierung der Solidaritätsbewegungen mit Nordvietnam zeigte sie an einem Beispiel, wie ein spezifisches Weltbild durch die Verwendung kulturell geprägter Bilder und Symbole funktionierte: Auf einem Transparent zu einer 1. Mai-Demonstration 1970 in Zürich waren Wilhelm Tell neben Marianne von Eugène Delacroix vor dem Kopf von Ho Chi Minh abgebildet worden. Tell als traditionell nationalistisches Symbol wurde hier als Freiheitskämpfer von der Neuen Linken »besetzt«, ebenso die Nationalfigur Frankreichs, die auf dem Transparent statt der Trikolore eine rote Fahne in der Hand hält. Beide bilden den Hintergrund für den 1968 mit dem Befreiungskampf der Nordvietnams assoziierten Ho Chi Minh, der weltweit zum Symbol für die Anti-Vietnamkriegsbewegung wurde. Das Bild war für die damalige Selbstidentifikation und für die Nachgeborenen angefertigt und sorgfältig aufgehoben worden. Peter führte dieses Beispiel an, um die Bedeutung der Projektionen auf Länder des Südens für die Formierung und Konstituierung der Neuen Linken in der Schweiz aufzuzeigen. Laut Peter funktionierte Nordvietnam für die Anti-Vietnamkriegs-Bewegung demnach als »heterotopischer Ort«. Sie folgte hier einem Konzept von Michel Foucault, wonach dieser Ort zwar lokalisierbar sei, jedoch vorwiegend die Vorstellung einer Gegenwelt, eines ideellen Vorstellungsraumes auf sich vereine und in erster Linie der Integration der Aktivistinnen und Aktivisten innerhalb einer spezifischen Weltsicht diene. Auch Peter betonte, dass »1968« spätestens Mitte der 1960er Jahre anzusetzen und damit als Teil einer längerfristigen Entwicklung zu betrachten sei.

Mit einem Überblicksreferat über die Gruppierungen der Neuen Linken stellte Janick Marina Schaufelbuehl von der Universität Lausanne erste Ergebnisse eines soeben angelaufenen Forschungsprojektes zu »1968« in der Schweiz vor, in dem es vor allem um die Mitglieder der Neuen Linken, der Solidaritätsbewegungen und der Neuen Frauenbewegung gehen wird. In ihrem Beitrag *Enjeux autour de l'émergence de la Nouvelle Gauche en Suisse* skizzierte sie die Neue Linke, die sich in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre in Abgrenzung zu den traditionellen Arbeiterparteien zu bilden begann, wobei sie zwischen der Neuen Linken und den Neuen Sozialen

Bewegungen unterschied. Ihre Periodisierung des Phänomens »1968« bezog sich auf die Hypothese eines langen »kritischen Momentes«, welcher von 1968 bis 1975 dauerte. Die Krisenerscheinungen der Bewegung 1975 seien durch das Aufkommen der Umwelt- und der Frauenbewegung verzögert worden, so dass es in der Schweiz erst 1978 zu einem Ende von »1968« kam. Schaufelbuehl vertrat damit eine enge Periodisierung von »1968«

Während die anderen Referate sich insbesondere mit der Entwicklung und Formierung von »1968« beschäftigt hatten, kam beim Referat von Schaufelbuehl die Frage nach dem Ende von »1968« auf. Sowohl Kalt als auch Etzemüller beschränkten »1968« auf wenige Jahre im engeren Sinn, obwohl die Protestbewegungen Teil längerfristiger Veränderungen nach dem Zweiten Weltkrieg waren. Dennoch blieb die Frage unbeantwortet: Gerade die Neue Frauenbewegung entzieht sich offensichtlich einer solchen Periodisierung, da sie beispielsweise in Bern 1975 einen Höhepunkt erlebte und sicher bis 1983 aktiv war, wenngleich sich die nationale Frauenbefreiungsbewegung 1980 auflöste. Hier stellte sich auch die Frage nach der Gewichtung historischer Ereignisse: Stellt die Herauslösung einzelner Splittergruppen aus der »Gesamtbewegung« (so es eine solche überhaupt gegeben hatte) das Ende einer sozialen Bewegung dar? Oder sollte nicht eher, wie es Elisabeth Joris vorschlug, von Lebensgefühl und Lebensrealitäten der Aktivistinnen statt von der theoretischen Vorstellung dessen, was eine Neue Soziale Bewegung zu sein habe, ausgegangen werden? Während in Bezug auf die Formierung dessen, was unter dem Label »1968« bekannt geworden war, ein breites Spektrum an Perspektiven und Ansätzen präsentiert wurde, stellte die Datierung des Endes von »1968« offenbar eine noch ungelöste Herausforderung dar. Hier gilt es, ebenso innovative Ansätze zu verfolgen und eher von Bewegungsrealitäten als von starren Analysekonzepten auszugehen. Konsens herrschte allenfalls darüber, dass »1968« keine Revolution und keinen historischen Bruch darstelle, sondern Teil eines Strukturwandels war.

*Ending the Revolution* – mit diesem Problem setzte sich Sheila Fitzpatrick, Professorin für Moderne Russische Geschichte an der Universität Chicago, in ihrem Festvortrag am Beispiel der Russischen Revolution auseinander: Hatte die Russische Revolution Ende Oktober oder November 1917 aufgehört, nachdem die Bolschewisten die Macht in den grösseren Städten übernommen hatten? Oder 1921 mit ihrem Sieg im Bürgerkrieg? War das Ende Anfang der 1930er Jahre mit der wirtschaftlichen Revolution und der Industrialisierung gekommen? Oder war der Zustand der Revolution gewissermassen eingefroren worden, bis die UdSSR sich 1991 aufgelöst hatte? Im Unterschied etwa zur Französischen Revolution wurde die wissenschaftliche Auseinandersetzung vor allem ausserhalb der UdSSR, in Europa und Nordamerika geführt und stand gänzlich im Banne des Kalten Krieges. Wann und warum die Revolution genau geendet hatte, geriet in jedem Fall zu einer pro- oder anti-sowjeti-

schen Aussage. Mit dem Ende der Sowjetunion veränderte sich diese Einschätzung, insbesondere in den USA. Russische Geschichte war für die amerikanische Politik nicht mehr zentral und machte aus dem »Russian history corner a happier place«, wie Fitzpatrick mit einem Augenzwinkern feststellte. Gleichzeitig veränderte sich auch die Periodisierung. Nun geriet die gesamte Zeit der Sowjetregierung als eine Einheit in den Blick. In Europa und den USA sollten die Opfer der Sowjetzeit erinnert werden und eine Rückbesinnung auf eine ältere russische Kultur erfolgen. Die Frage nach der Periodisierung der Russischen Revolution schien sich erledigt zu haben. In Russland selbst kam es seit 1991 und nicht zuletzt unter der Regierung Vladimir Putins zu einer Neubewertung der Russischen Revolution und der Rolle Stalins. Nach Fitzpatrick könnte gerade diese Auseinandersetzung zu einem Prüfstein in der aktuellen Debatte um die nationale Identität in Russland werden.

Fitzpatrick stellte das Problem der Periodisierung eines Bruches an ihrer eigenen Forschung dar. Mit der ersten Ausgabe ihres Buches *The Russian Revolution* 1984 hatte diese Diskussion im Kalten Krieg begonnen, wobei Fitzpatrick die grossen Säuberungen 1935 bis 1938 als einen notwendigen Teil der Revolution verstanden hatte, um in der zweiten Auflage 1994 und 2001 in einer postsowjetischen Weltordnung und mit einem neuen Vorwort zu enden. Darin reflektierte sie die gesamte UdSSR-Zeit, weil die Revolution etwa unter Nikita Chruschtschow eine Wiederbelebung erfahren hatte. Fitzpatrick stellte sich mit ihrer Untersuchung der Frage nach dem »wie« der Geschichtsschreibung. Sie zeigte die Probleme der historischen Interpretation der Russischen Revolution in Zeiten des Kalten Krieges ausserhalb und in Zeiten der nationalen Identifizierung innerhalb Russlands beziehungsweise der UdSSR auf. Sie thematisierte somit den Umbruch in der historischen Zeit immer mit Blick auf die Bedeutung dieses Umbruchs für die Gegenwart. Dabei liess sie sich selbst als Historikerin nicht aussen vor, sondern bezog ihren Weg der Erforschung der russischen Revolution, ihre Interpretation, die Widerstände, die daraus erwachsen, und ihre Neubeurteilung der eigenen Periodisierung mit ein. Auf wohlthuende Weise erhielt dadurch die historische Wissenschaft persönliche, politische und fachliche Tiefenschärfe.

Die ersten Schweizerischen Geschichtstage beeindruckten in ihrer Themenvielfalt und in ihrer Organisation und boten durchaus, was sich das Organisationskomitee vorgenommen hatte: eine Plattform des Austauschs aktueller Forschungen innerhalb und ausserhalb der schweizerischen Geschichtsschreibung. Dabei wurde dem Tagungsthema *Zeiten des Umbruchs* auf unterschiedlichen Ebenen Rechnung getragen: als historisches Ereignis und Moment einer Veränderung in der Vergangenheit, als Unsicherheit aktuellen Veränderungen gegenüber, seien sie gesellschaftlicher oder wissenschaftspolitischer Art, und schliesslich als Moment der Veränderung in der Wahrnehmung historischer Ereignisse und damit in der Historiographie. Die Fortsetzung folgt voraussichtlich 2010 an der Universität Basel.